

Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB)

1. Vertragsabschluss

1.1. Diese AGB werden zwischen Chic la beaute` Das Schönheitsstudio, Inh. Daniela Pöttler, Stadtbergen 177, 8280 Fürstenfeld, Info@chiclabeaute.at (in der Folge „Institut“ genannt) und jedem Vertragspartner (in der Folge „Kunde“ genannt) des Institutes als Vertragsbestandteil ausdrücklich vereinbart. Änderungen oder Ergänzungen zu Verträgen bedürfen der Schriftform.

1.2. Verträge mit dem Institut können in den Räumlichkeiten des Institutes oder Online (via Email) sowie telefonisch abgeschlossen werden. Online angebotene Leistungen sind als Angebote an den Kunden zu verstehen, einen Vertrag über die Erbringung der Leistung abzuschließen. Bei der Inanspruchnahme mehrerer Leistungen durch den Kunden, kommt über jede einzelne Leistung ein eigener Vertrag zustande.

1.3. Steht das Institut mit dem Kunden in längerer Geschäftsbeziehung, so gelten diese AGB auch dann, wenn auf ihre Geltung nicht besonders hingewiesen wird. Die AGB gelten auch für Folgeaufträge, und zwar auch dann, wenn sie nicht gesondert mündlich oder schriftlich vereinbart werden.

2. Vertragsabschluss und Kostenvoranschläge

2.1. Bei den Leistungen des Institutes handelt es sich stets um solche, die nach Kundenspezifikationen erbracht werden oder eindeutig auf die persönlichen Bedürfnisse des Kunden zugeschnitten sind.

2.2. Mündliche Mitteilungen des Institutes – auch auf Anfrage des Kunden – sind freibleibend, und zwar auch dann, wenn darin Preise, Termine und sonstige behandlungstechnische Spezifikationen mitgeteilt werden.

2.3. Der Vertragsabschluss kommt mit der an den Kunden gerichteten Terminbuchungsbestätigung des Institutes oder, bei deren Fehlen, mit der Durchführung der Leistung zustande.

2.4. Kostenvoranschläge sind nur verbindlich, wenn sie speziell für einen Kunden erstellt wurden und schriftlich abgegeben wurden. Weiters sind alle meine schriftlichen Kostenvoranschläge entgeltlich, insbesondere dann, wenn diese vom Kunden gewünschte Detailaufstellungen umfassen. Dieses Entgelt wird bei Auftragserteilung von der Auftragssumme in Abzug gebracht. An diese Kostenvoranschläge ist das Institut 1 Monat ab Abgabedatum gebunden. Liegt zwischen Preis-Bekanntgabe und Leistungsausführung mehr als ein Monat, so ist das Institut berechtigt, zwischenzeitig eingetretene Preis-Erhöhungen, die beispielsweise durch Produktpreiserhöhungen erfolgten, entsprechend zu überwälzen.

3. Leistungen

3.1. Da Institut erbringt Dienstleistungen, die auf die Kundenwünsche und Kundenspezifikationen zugeschnitten sind.

3.2. Das Institut hat das Recht fachlich geeignetes Personal zur Leistungserbringung frei zu wählen bzw. auszutauschen. Die Leistungserbringung durch eine bestimmte Person wird nicht Vertragsinhalt.

3.3. Für den Fall eines unvorhersehbaren Personalausfalles des Institutes (wie etwa Unfall, Krankheit, sonstige Verhinderung etc.) behält sich dieses die Verschiebung von Leistungen vor.

3.4. Sollten Leistungen aus Gründen, die vom Institut zu vertreten sind, nicht oder nicht zur vereinbarten Zeit erbracht werden (können), ist der Kunde berechtigt, diese zu einem späteren Zeitpunkt zu konsumieren, sofern dies dem Kunden zumutbar ist. Sollte das Institut nicht in der Lage sein, dem Kunden die Inanspruchnahme dieser Leistungen binnen vier Wochen ab dem ursprünglich vertraglich vereinbarten Zeitpunkt zu ermöglichen, ist der Kunde berechtigt, schriftlich vom jeweiligen Vertrag zurückzutreten.

Wenn der Vertrag mehrere Teilleistungen (z.B. Einheiten) umfasst, ist nur ein Teilrücktritt in Bezug auf die von der Nichtverfügbarkeit betroffenen Leistungen zulässig.

Dieses Rücktrittsrecht gilt jedenfalls nicht, sofern und solange das Institut aufgrund von Umständen höherer Gewalt oder deren Auswirkungen (z.B. eingeschränkte Verfügbarkeit von Personal) oder durch behördliche Anordnung an der Erbringung der Leistungen gehindert ist oder dem Institut dies wirtschaftlich unzumutbar ist. Diesfalls werden die Leistungen auf einen angemessenen Zeitpunkt nach Wegfall des Hindernisses verschoben.

4. Pflichten des Kunden

4.1. Bei der Anmeldung zur Leistungserbringung bzw bei der Terminvereinbarung/Buchung sind wahre und vollständige Angaben zu machen; diese sind durch selbständige Anpassung oder Mitteilung an das Institut aktuell zu halten.

Vor der Leistungserbringung durch das Institut hat der Kunde jeweils einen Aufklärungs- und Fragebogen ordentlich durchzulesen sowie wahrheitsgemäß und vollständig auszufüllen.

4.2. Sollten vereinbarte Termine / Leistungen seitens des Kunden nicht eingehalten werden können, bittet das Institut, die Nichteinhaltung mindestens 24 Stunden im Voraus bekanntzugeben, widrigenfalls die Leistung / Einheit verrechnet wird. Die Nichtinanspruchnahme des Leistungsangebotes zum vereinbarten Leistungstermin durch den Kunden berechtigt weder zu Rückforderungen noch zu Reduktion des Entgelts.

Eine Verschiebung der vereinbarten Leistungserbringung erfolgt bei Erkrankung oder medizinischer Indikation unter Vorlage eines ärztlichen Attestes.

4.3. Der Kunde hat Instruktionen bzw. Anweisungen in Bezug auf die Leistungen, z.B. in Form von mündlichen oder schriftlichen Unterweisungen, zu berücksichtigen, widrigenfalls er das Risiko deren Nichtbefolgung trägt.

4.4. Die Leistungen sind für Kunden in einem guten gesundheitlichen Allgemeinzustand ausgerichtet und bestimmt. Die Leistungen umfassen nicht die Prüfung der körperlichen, psychischen oder sonstigen Eignung des Kunden für die Inanspruchnahme der jeweiligen Leistung. Die Inanspruchnahme der Leistungen erfolgt daher stets auf eigenes (gesundheitliches) Risiko und auf eigene Verantwortung des Kunden.

4.5. Vor der Inanspruchnahme von Leistungen ist gegebenenfalls ein (Fach-)Arzt zu konsultieren. Bei Vorerkrankungen (insbesondere bei Allergien, Stoffwechselerkrankungen, Herz- bzw. Kreislauferkrankungen sowie Lungen- oder Atemwegserkrankungen), oder bei Schwangerschaft dürfen die Leistungen nur in Anspruch genommen werden, wenn die Unbedenklichkeit der Inanspruchnahme ärztlich bescheinigt wurde. Bei auftretenden Beschwerden sind die Leistungen unverzüglich durch den Kunden abzubrechen.

5. Rücktrittsrecht und Storno

5.1. Verbrauchern mit Wohnsitz in der EU steht ein Rücktrittsrecht für Verträge zu, wenn

1. der Vertrag bei gleichzeitiger körperlicher Anwesenheit des Unternehmers und des Verbrauchers an einem Ort geschlossen wird, der kein Geschäftsraum des Unternehmers ist,
2. für den der Verbraucher unter den in Z. 1 genannten Umständen ein Angebot gemacht hat,
3. der in den Geschäftsräumen des Unternehmers oder durch Fernkommunikationsmittel geschlossen wird, unmittelbar nachdem der Verbraucher an einem anderen Ort als den Geschäftsräumen des Unternehmers bei gleichzeitiger körperlicher Anwesenheit des Unternehmers oder dessen Beauftragten und des Verbrauchers persönlich und individuell angesprochen wurde, oder
4. der auf einem Ausflug geschlossen wird, der von einem Unternehmer oder von dessen Beauftragten in der Absicht oder mit dem Ergebnis organisiert wurde, dass der Unternehmer für den Verkauf von Waren oder die Erbringung von Dienstleistungen beim Verbraucher wirbt oder werben lässt und entsprechende Verträge mit dem Verbraucher abschließt
5. der Vertrag zwischen einem Unternehmer und einem Verbraucher ohne gleichzeitige körperliche Anwesenheit des Unternehmers und des Verbrauchers im Rahmen eines für den Fernabsatz organisierten Vertriebs- oder Dienstleistungssystems geschlossen wird, wobei bis einschließlich des Zustandekommens des Vertrags ausschließlich Fernkommunikationsmittel verwendet werden;
6. der Verbraucher seine Vertragserklärung weder in den vom Unternehmer für seine geschäftlichen Zwecke dauernd benützten Räumen noch bei einem von diesem dafür auf einer Messe oder einem Markt benützten Stand abgegeben hat oder der Unternehmer oder ein mit ihm zusammenwirkender Dritter den Verbraucher im Rahmen einer Werbefahrt, einer Ausflugsfahrt oder einer ähnlichen Veranstaltung oder durch persönliches, individuelles Ansprechen auf der Straße in die vom Unternehmer für seine geschäftlichen Zwecke benützten Räume gebracht hat und der Vertrag nicht unter Z. 1. – 5. fällt

Das Rücktrittsrecht nach Z.6. steht dem Verbraucher nicht zu,

- a. wenn er selbst die geschäftliche Verbindung mit dem Unternehmer oder dessen Beauftragten zwecks Schließung dieses Vertrages angebahnt hat,
- b. wenn dem Zustandekommen des Vertrages keine Besprechungen zwischen den Beteiligten oder ihren Beauftragten vorangegangen sind oder
- c. bei Verträgen, bei denen die beiderseitigen Leistungen sofort zu erbringen sind, wenn sie üblicherweise von Unternehmern außerhalb ihrer Geschäftsräume geschlossen werden und das vereinbarte Entgelt 25 Euro, oder wenn das Unternehmen nach seiner Natur nicht in ständigen Geschäftsräumen betrieben wird und das Entgelt 50 Euro nicht übersteigt
- d. bei Vertragserklärungen, die der Verbraucher in körperlicher Abwesenheit des Unternehmers abgegeben hat, es sei denn, dass er dazu vom Unternehmer gedrängt worden ist.

Der Verbraucher hat kein Rücktrittsrecht bei Fernabsatz- oder außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen gem. Z. 1. – 5. über

- a. Dienstleistungen, wenn der Unternehmer – auf Grundlage eines ausdrücklichen Verlangens des Verbrauchers sowie einer Bestätigung des Verbrauchers über dessen Kenntnis vom Verlust des Rücktrittsrechts bei vollständiger Vertragserfüllung – noch vor Ablauf der Rücktrittsfrist mit der

Ausführung der Dienstleistung begonnen hatte und die Dienstleistung sodann vollständig erbracht wurde,

- b. Waren, die nach Kundenspezifikationen angefertigt werden oder eindeutig auf die persönlichen Bedürfnisse zugeschnitten sind.

Der Verbraucher hat auch kein Rücktrittsrecht bei Verträgen, die außerhalb von Geschäftsräumen geschlossen werden (Z. 1.- 4.) und bei denen das vom Verbraucher zu zahlende Entgelt den Betrag von 50 Euro nicht überschreitet.

5.2. Bei einem Storno des Kunden ist das Institut berechtigt, unbeschadet der Geltendmachung eines darüberhinausgehenden Schadenersatzes bzw. Verdienstentganges eine Stornogebühr von 30 % einzufordern. Ausgenommen davon ist der rechtzeitige schriftliche Vertragsrücktrittes nach § 3 KSchG.

6. Preise und Zahlungsbedingungen

6.1. Sofern sich aus unserer Produktbeschreibung nichts anderes ergibt, handelt es sich bei den angegebenen Preisen um Gesamtpreise, die die gesetzliche Umsatzsteuer enthalten. Gegebenenfalls zusätzlich anfallende Liefer- und Versandkosten werden separat verrechnet.

6.2. Das Entgelt ist grundsätzlich im Voraus zu leisten. Bei Vertragsabschlüssen, ist daher die Auftragssumme bei Erhalt der Auftrags- bzw Terminbestätigung oder vorheriger Rechnungslegung fällig.

6.3. Der Kunde verpflichtet sich für den Fall des Verzuges die zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung notwendigen Mahn- und Inkassospesen in Höhe von zumindest € 40,00 zu ersetzen, soweit diese in einem angemessenen Verhältnis zur betriebenen Forderung stehen sowie Verzugszinsen in Höhe von 6 % p.a. zu bezahlen.

6.4. Der Kunde kann eigene Forderungen gegenüber Forderungen des Institutes ihm gegenüber nur dann aufrechnen, wenn die Gegenforderung in einem rechtlichen Zusammenhang mit der Verbindlichkeit des Kunden steht, vom Institut anerkannt wurde, gerichtlich festgestellt wurde bzw. im Falle der Zahlungsunfähigkeit des Institutes.

6.5. Das Institut ist berechtigt, für vom Kunden beigestelltes Material/Produkte einen Betrag von 10 % des Verkaufspreises oder den einer gleichartigen Ware in Rechnung zu stellen.

7. Liefer- und Versandbedingungen

7.1. Die Lieferung von Waren erfolgt auf dem Versandweg an die vom Kunden angegebene Lieferanschrift, sofern nichts anderes vereinbart ist.

7.2. Der Kunde ist verpflichtet, soweit dies zumutbar ist, Teillieferungen anzunehmen.

7.3. Die vom Institut angegebene Lieferzeiten stellen nur Annäherungstermine dar.

7.4. Wird ein vereinbarter Liefertermin vom Institut um mehr als zwei Wochen überschritten, so hat der Kunde eine angemessene Nachfrist von mindestens vier Wochen zu setzen. Der Kunde kann erst nach Ablauf dieser Frist schriftlich vom Vertrag zurücktreten.

7.5. Sendet das Transportunternehmen die versandte Ware an das Institut zurück, da eine Zustellung beim Kunden nicht möglich war, trägt der Kunde die Kosten für den erfolglosen Versand. Dies gilt nicht, wenn der Kunde ein berechtigtes Rücktrittsrecht wirksam ausübt, wenn er den Umstand, der zur Unmöglichkeit der Zustellung geführt hat, nicht zu vertreten hat oder, wenn er vorübergehend an

der Annahme der angebotenen Leistung verhindert war, es sei denn, dass das Institut ihm die Leistung eine angemessene Zeit vorher angekündigt hatte.

7.6. Handelt der Kunde als Unternehmer, geht die Gefahr des zufälligen Untergangs und der zufälligen Verschlechterung der verkauften Ware auf den Kunden über, sobald das Institut die Sache der zur Ausführung der Versendung bestimmten Person ausgeliefert hat. Handelt der Kunde als Verbraucher, geht die Gefahr für den Verlust oder die Beschädigung der Ware erst auf den Verbraucher über, sobald die Ware an den Verbraucher oder an einen von diesem bestimmten, vom Beförderer verschiedenen Dritten abgeliefert wird. Hat aber der Verbraucher selbst den Beförderungsvertrag geschlossen, ohne dabei eine vom Institut vorgeschlagene Auswahlmöglichkeit zu nützen, so geht die Gefahr bereits mit der Aushändigung der Ware an den Beförderer über. Mangels anderer Vereinbarung erwirbt der Verbraucher zugleich mit dem Gefahrenübergang das Eigentum an der Ware.

7.7. Höhere Gewalt, Arbeitskämpfe, Unruhen, behördliche Maßnahmen und sonstige unvorhersehbare, unabwendbare und schwerwiegende Ereignisse befreien den Lieferanten und den Kunden für die Dauer der Störung und jeweils im Umfang ihrer Wirkung von seiner Leistungspflicht. Dies gilt auch, wenn diese Ereignisse zu einem Zeitpunkt eintreten, in dem sich der Betroffene in Verzug befindet. Die Vertragsparteien verpflichten sich im Rahmen des Zumutbaren unverzüglich ihre Verpflichtungen den veränderten Verhältnissen nach Treu und Glauben anzupassen.

7.8. Führt der in Punkt 5.7. genannte Zustand zu einer Hemmung der Vertragserfüllung (zB bei Verzug eines Zulieferanten, etc) von über einem Monat, so ist das Institut berechtigt vom Vertrag zurückzutreten bzw den Vertrag aufzuheben.

8. Eigentumsvorbehalt

8.1. Gegenüber Verbrauchern behält sich das Institut bis zur vollständigen Bezahlung des geschuldeten Kaufpreises das Eigentum an der gelieferten Ware vor.

8.2. Gegenüber Unternehmern behält sich das Institut bis zur vollständigen Begleichung aller Forderungen aus einer laufenden Geschäftsbeziehung das Eigentum an der gelieferten Ware vor.

8.3. Bei Zahlungsverzug des Kunden ist das Institut berechtigt, die in seinem Vorbehaltseigentum stehenden Gegenstände zurückzunehmen, ohne dass dies eines Vertragsrücktritts gleichzusetzen ist.

9. Gewährleistung

Bei Vorliegen von Mängeln gelten die Vorschriften der gesetzlichen Gewährleistung. Hiervon abweichend gilt:

9.1. Für Unternehmer

- a. begründet ein unwesentlicher Mangel grundsätzlich keine Gewährleistungsansprüche;
- b. hat der Lieferant die Wahl der Art der Behebung;
- c. beginnt die Verjährung nicht erneut, wenn im Rahmen der Mängelhaftung eine Ersatzlieferung erfolgt.

9.2. Handelt der Kunde als Verbraucher, so wird er gebeten, angelieferte Waren mit offensichtlichen Transportschäden bei dem Zusteller zu reklamieren und das Institut hiervon in Kenntnis zu setzen. Kommt der Kunde dem nicht nach, hat dies keinerlei Auswirkungen auf seine gesetzlichen oder vertraglichen Gewährleistungsansprüche.

9.3. Verbesserung und Austausch sind vom Institut auf ca. 14 Tage im Voraus bekanntzugeben. Erhebt der Kunde gegen diesen Termin nicht innerhalb von 7 Tagen einen Einwand, so gilt der Termin als vom Kunden genehmigt.

10. Haftung

Das Institut haftet dem Kunden aus allen vertraglichen, vertragsähnlichen und gesetzlichen, auch deliktischen Ansprüchen auf Schadens- und Aufwendungsersatz wie folgt:

Das Institut haftet aus jedem Rechtsgrund uneingeschränkt

- bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit,
- bei vorsätzlicher oder fahrlässiger Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit.

Verletzt das Institut fahrlässig eine wesentliche Vertragspflicht, ist die Haftung auf den vertragstypischen, vorhersehbaren Schaden begrenzt, sofern nicht gemäß vorstehender Ziffer unbeschränkt gehaftet wird.

Im Übrigen ist eine Haftung des Institutes ausgeschlossen.

11. Schadloshaltung bei Verletzung von Drittrechten und gewerbliche Schutzrechte

11.1. Schuldet das Institut nach dem Inhalt des Vertrages die Leistungserbringung nach bestimmten Vorgaben (gewünschten Designs) des Kunden, hat der Kunde sicherzustellen, dass die dem Institut von ihm zum Zwecke der Leistungserbringung überlassenen Inhalte nicht die Rechte Dritter (z. B. Urheberrechte oder Markenrechte) verletzen. Der Kunde stellt das Institut von Ansprüchen Dritter frei, die diese im Zusammenhang mit einer Verletzung ihrer Rechte durch die vertragsgemäße Nutzung der Inhalte des Kunden durch das Institut diesem gegenüber geltend machen können. Der Kunde übernimmt hierbei auch die angemessenen Kosten der notwendigen Rechtsverteidigung einschließlich aller Gerichts- und Anwaltskosten in gesetzlicher Höhe. Dies gilt nicht, wenn die Rechtsverletzung vom Kunden nicht zu vertreten ist. Der Kunde ist verpflichtet, dem Institut im Falle einer Inanspruchnahme durch Dritte unverzüglich, wahrheitsgemäß und vollständig alle Informationen zur Verfügung zu stellen, die für die Prüfung der Ansprüche und eine Verteidigung erforderlich sind.

11.2. Schuldet das Institut nach dem Inhalt des Vertrages die Herstellung eines Designs, so unterliegen sowohl Pläne, Zeichnungen etc. als auch das hergestellte Design selbst dem Schutz des Urheberrechtsgesetzes und sämtlichen Bestimmungen des gewerblichen Rechtsschutzes. Jegliche Verwertung, Nutzung und Bearbeitung der Pläne und Zeichnungen sowie eine Nach- oder Abbildung des Designs ohne Zustimmung des Institutes ist dem (potentiellen) Kunden schon auf Grund des Urheberrechtsgesetzes nicht gestattet. Bei ihrer Verwendung ohne die Zustimmung des Institutes ist dieses zur Geltendmachung einer Abstandsgebühr von 25% der Voranschlagssumme berechtigt.

11.3. Das Institut bleibt selbstverständlich auch berechtigt, Fotos der von diesem entworfenen Design zu veröffentlichen. Der Kunde gibt die Zustimmung, dass vom fertiggestellten Werk des Institutes Fotos angefertigt und allenfalls veröffentlicht werden.

12. Datenschutz

12.1. Der Schutz der persönlichen Daten des Kunden ist dem Institut ein besonderes Anliegen. Das Institut verarbeitet die Daten des Kunden daher ausschließlich auf Grundlage der gesetzlichen Bestimmungen (DSGVO, TKG 2003). In diesen Datenschutzzinformationen informiert das Institut über die wichtigsten Aspekte der Datenverarbeitung im Rahmen seines Unternehmens.

12.2. Kontakt

Wenn der Kunde per Formular auf der Website oder per E-Mail Kontakt mit dem Institut aufnimmt, werden die darin angegebenen Daten zwecks Bearbeitung der Anfrage und für den Fall von Anschlussfragen vierundzwanzig Monate beim Institut gespeichert. Diese Daten werden nicht ohne die Einwilligung des Kunden weitergegeben.

12.3. Datenspeicherung

Darüber hinaus werden zum Zweck der Vertragsabwicklung folgende Daten beim Institut gespeichert: Name, Nachname, Adresse, Geburtsdatum, E-Mail, Kontodaten (SEPA). Die vom Kunden bereitgestellten Daten sind zur Vertragserfüllung bzw zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erforderlich. Ohne diese Daten kann das Institut den Vertrag mit dem Kunden nicht abschließen. Eine Datenübermittlung an Dritte erfolgt nicht, mit Ausnahme der Übermittlung Kontodaten an die abwickelnden Bankinstitute / Zahlungsdienstleister zum Zwecke der Abbuchung des Einkaufspreises und an unseren Steuerberater zur Erfüllung unserer steuerrechtlichen Verpflichtungen.

Die Daten des Kunden werden beim Institut mit der folgenden Software gespeichert und verarbeitet:

Microsoft Word

Microsoft Excel

Google maps

Contact Formular-contect Form 7

Cookies

Einwilligung von Cookie consent Tool

Cookie Tool User centrics

Google web Found-Word send Online Schritte

Word press

Analytics Google Recaptcha gegen Spam

Nach Beendigung des Vertrages werden die beim Institut gespeicherten Daten für Marketingzwecke weiter gespeichert. Im Falle eines Vertragsabschlusses werden sämtliche Daten aus dem Vertragsverhältnis bis zum Ablauf der steuerrechtlichen Aufbewahrungsfrist (7 Jahre) gespeichert.

Die Datenverarbeitung erfolgt auf Basis der gesetzlichen Bestimmungen des § 96 Abs 3 TKG sowie des Art 6 Abs 1 lit a (Einwilligung) und/oder lit b (notwendig zur Vertragserfüllung) der DSGVO.

12.4. Newsletter und Terminbenachrichtigung

Mit dem Vertragsabschluss erklärt sich der Kunde einverstanden den Newsletter des Institutes zu abonnieren. Hierfür benötigt das Institut die E-Mail-Adresse und die Erklärung des Kunden, dass er mit dem Bezug des Newsletters einverstanden ist.

Der Kunde erklärt sich damit einverstanden, dass er vom Institut unter Verwendung der vom Kunden bekannt gegebenen Daten über Termine informiert und erinnert wird.

Um den Kunden zielgerichtet mit Informationen zu versorgen, erhebt und verarbeitet das Institut außerdem freiwillig gemachte Angaben zu Interessengebieten, Geburtstag und Postleitzahl.

Sobald der Kunde sich für den Newsletter angemeldet hat, sendet das Institut dem Kunden ein Bestätigungs-E-Mail mit einem Link zur Bestätigung der Anmeldung.

Das Abo des Newsletters kann vom Kunden jederzeit stornieren. Der Kunde findet in jedem Newsletter einen Abmeldelink oder kann seine Stornierung an folgende E-Mail-Adresse senden: **Info@chiclabeaute.at**. Das Institut löscht anschließend umgehend die Daten des Kunden im Zusammenhang mit dem Newsletter-Versand.

12.5. Rechte des Kunden

Dem Kunden stehen grundsätzlich die Rechte auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung, Datenübertragbarkeit, Widerruf und Widerspruch zu. Wenn der Kunde glaubt, dass die Verarbeitung seiner Daten gegen das Datenschutzrecht verstößt oder seine datenschutzrechtlichen Ansprüche sonst in einer Weise verletzt worden sind, kann dieser sich bei der Aufsichtsbehörde beschweren. In Österreich ist dies die Datenschutzbehörde.

13. Widerrufsrecht

Widerrufsbelehrung

13.1. Der Kunde hat das Recht, von einem Vertrag, der über Fernabsatz- und außerhalb von den Geschäftsräumen des Instituts (Online) abgeschlossen wurde, binnen 14 Tagen ab dem Tag des Vertragsabschlusses ohne Angabe von Gründen zurückzutreten (Widerruf). Die Frist ist gewahrt, wenn der Kunde die Erklärung über den Widerruf vor Ablauf der Widerrufsfrist absenden.

13.2. Der Kunde hat dem Institut mittels einer eindeutigen Erklärung (z.B. per Post versandten Briefes) über seinen Widerrufs-Entschluss zu informieren, dazu kann das angefügte Muster-Widerrufsformular verwendet werden, welches aber nicht zwingend zu verwenden ist.

13.3. Der Widerruf ist zu richten an: Daniela Pöttler, Stadtbergen 177, 8280 Fürstenfeld, E-Mail: Info@chiclabeaute.at.

Folgen des Widerrufs

13.4. Bei Vertragswiderruf durch den Kunden, hat ihm das Institut alle Zahlungen, die es vom Kunden erhalten hat, unverzüglich und spätestens binnen 14 Tagen ab Widerrufs-Eingang zurückzahlen. Die Rückzahlung erfolgt – sofern nicht anders vereinbart – über dasselbe Zahlungsmittel, dass der Kunde bei der Zahlung verwendet hat, dem Kunden wird für die Rückzahlung kein Entgelt verrechnet.

Muster-Widerrufsformular

An: Chic la beaute` Das Schönheitsstudio, Inh. Daniela Pöttler, Stadtbergen 177, 8280 Fürstenfeld, E-Mail: Info@chiclabeaute.at

Hiermit widerrufe (n) ich/wir (*) den von mir/uns (*) abgeschlossenen Vertrag über den Kauf der folgenden Waren (*) / Dienstleistungen (*)

Bestellt am (*) / erhalten am (*)

Name des/der Verbraucher(s)

Anschrift des/der Verbraucher(s)

Unterschrift des/ der Verbraucher(s) (nur bei Mitteilung auf Papier)

Datum

(*) Unzutreffendes streichen

14. Anwendbares Recht/Gerichtsstand

14.1. Für sämtliche Rechtsbeziehungen der Parteien gilt das Recht der Republik Österreich unter Ausschluss des UN-Kaufrechts. Bei Verbrauchern gilt diese Rechtswahl nur insoweit, als nicht der gewährte Schutz durch zwingende Bestimmungen des Rechts des Staates, in dem der Verbraucher seinen Wohnsitz hat, entzogen wird.

14.2. Ist der Kunde Unternehmer im Sinne der Ziffer 1.2, so wird als ausschließlicher Gerichtsstand der Ort des Geschäftssitzes des Lieferanten vereinbart

15. Sonstiges

Sollte eine der obigen Bestimmungen unwirksam, nichtig, gesetzwidrig oder nicht durchsetzbar sein, so gilt der Vertrag bzw die AGB mit den übrigen Bestimmungen weiter. Anstelle der unwirksamen, nichtigen, gesetzwidrigen oder nicht durchsetzbaren Bestimmung(en) soll eine Regelung gelten, die im Rahmen des rechtlich Möglichen dem Willen der Parteien am Nächsten kommt und in ihrer wirtschaftlichen Auswirkung am besten der(den) unwirksamen, nichtigen, gesetzwidrigen oder nicht durchsetzbaren Bestimmung(en) entspricht. Dies gilt auch für den Fall einer Lücke.